

Zeitschrift: Schweizer Soldat + FHD : unabhängige Monatszeitschrift für Armee und Kader

Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

Band: 57 (1982)

Heft: 4

Artikel: Im Gespräch mit Fürsprecher H-U Ernst, Direktor der Eidg Militärverwaltung, Oberst i Gst

Autor: Carell, Laurent François / Ernst, H.-U.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-713446>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bundesrat 1975 vorgelegten Leitbildes der Armee der 80er Jahre bleiben *unverwirklicht* – in den Bereichen *Nachtkampftauglichkeit*, *Elektronische Kriegführung*, *Luftbeweglichkeit* von Reserven und *Panzerabwehr*, wo die Schutzkomponente im geradezu traditionellen Wettlauf zwischen Schild und Schwert, «entre l'obus et la cuirasse», derzeit im Vorteil ist. Mit der Einführung der Dragon-Panzerabwehrwaffen ist wohl ein sehr gewichtiger Fortschritt in bezug auf die Panzerabwehrkraft der Stufen Kompanie und Bataillon erzielt worden. Dem Regiment fehlen aber immer noch geeignete Mittel für die stufengerechte Panzerabwehr. Und die Frage der Modernisierung unserer Panzer, die sich trotz aller Bemühungen um Kampfwertsteigerung nicht anders als im Ausland mit jedem Jahre dringender stellt, befindet sich erst in der Phase der Abklärung.

Kostspielige Projekte

Die kommenden Jahre werden finanziell nicht ohne weiteres verkraftbare, indessen unwiderlegbaren militärischen Bedürfnissen entsprechende «Brocken» im Bereich der Rüstung bringen, nämlich die *Beschaffung neuer Kampfpanzer*, die *Bereitstellung der Mittel einer* – wie immer gearteten – *Armeereserve* (Schwerpunkt- waffe zur Panzerbekämpfung in der Hand der Armeeführung) sowie die *Ablösung wesentlicher Teile der Mittel der Luftverteidigung*, der Mirage-Abfangjäger sowie der Bloodhound-Raketen, beides Systeme, die auch schon rund zwanzig Jahre alt sind.

Das erfordert Milliarden, die die überaus reiche Schweiz natürlich aufzubringen in der Lage wäre, die indessen beim Zustand der Bundesfinanzen schwerlich innerhalb der von der Lage her gebotenen –

kurzen – Frist bereitgestellt werden dürften, sofern nicht *unorthodoxe Methoden der Finanzierung* gewählt werden können. Und das wiederum setzt Führungsfähigkeit und Führungswillen der in erster Linie zuständigen Behörden voraus. Dies gilt um so mehr, als die Umstände solchen Führungsakten wenig günstig sind – defatistische Tendenzen im benachbarten, insbesondere deutschen Europa, dessen sektorielles Übergreifen auf die Schweiz.

¹ Eine im Februar durchgeführte Meinungsforschung zeigt, dass nur Minderheiten gegen die bewaffnete Selbstverteidigung Stellung nehmen. In der BRD würden 19% eine russische Herrschaft akzeptieren, 74% wollten sich aber verteidigen!

² Angespielt wird auf die sog. Jugendkommission, eine Ansammlung inkompetenter Anpasser, mit der einzigen Ausnahme des jüngsten Mitgliedes, das den Mut hatte, sich von den Schlüssen der «Erwachsenen» zu distanzieren. Jugendunruhen und Jugendprobleme gibt es nur dort, wo die «Erwachsenen» im Führen versagen!

Im Gespräch mit...

Fürsprecher H-U Ernst, Direktor der Eidg Militärverwaltung, Oberst i Gst

Gesprächspartner für den «Schweizer Soldat» war Major i Gst Laurent François Carell, Biel

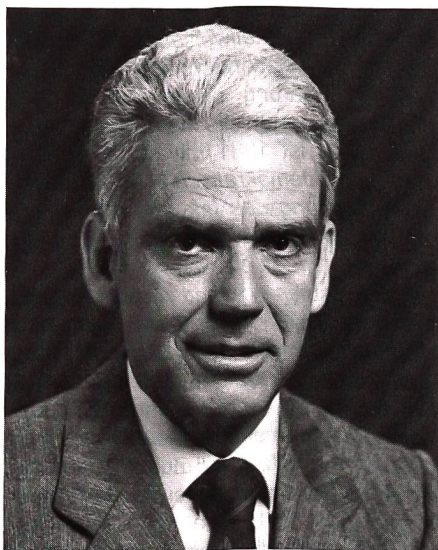
Was sind Ihre Hauptaufgaben als Direktor der Eidg Militärverwaltung, und wo setzen Sie persönlich ein Schwergewicht?

Die Direktion der Eidg Militärverwaltung (DMV) bildet das Generalsekretariat des Militärdepartements. Ich bin somit eine Art ziviler Stabschef. Damit sind die Aufgaben vorgezeichnet: für einen reibungslosen Betrieb sorgen, die Geschäfte richtig planen und zur Bearbeitung zuteilen, die Einhaltung der Termine überwachen. Für die Unterstützung der Departementsführung halten wir Entscheidungsgrundlagen aus den von uns bearbeiteten zentralen Funktionen wie Personal, Organisation, Datenverarbeitung, Recht, Beziehungen zur Armee und zu den Kantonen, Finanzen und Liegenschaftswesen bereit.

Wie für viele Bundesstellen heisst auch für die DMV die Parole, mehr und qualifiziertere Arbeit mit weniger Personal zu erbringen (seit meinem Amtsantritt wurde der Personalbestand um 5% abgebaut).

Als Milizoffizier versuche ich, meine Erfahrungen als aktiver Truppenkommandant einzubringen: Kampf gegen überflüssiges Papier und überholte Zöpfe oder – positiv – Berücksichtigung echter Bedürfnisse der Truppe.

Der Unterbestand an Einheitsinstruktoren hat als Folge des Personalstopps bedenkliche Formen angenommen und



in den Schulen zu teilweise unhaltbaren Zuständen geführt. Darauf angesprochen hat der scheidende Ausbildungschef dem «Schweizer Soldat» geantwortet: «Wenn die politischen Behörden nicht Remedur schaffen, fällt ihnen die volle Verantwortung für eine verhängnisvolle Zukunft unserer Wehrebereitschaft zu. So geht es nicht mehr weiter.»

Werden die politischen Behörden inernert nützlicher Frist Remedur schaffen oder können bzw wollen sie es nicht? Wie beurteilen Sie in diesem Zusammenhang die parlamentarische Initiati-

ve der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates zur Personalplafonierung beim Bund?

Trotz Personalstopp gibt es heute über 250 Instruktoren mehr als noch vor 10 Jahren. Das beweist die hohe Priorität, die man dem Instruktorenbestand im EMD einräumt. Es trifft zu, dass immer noch gegen 300 zum Sollbestand fehlen. Auch ohne Personalstopp wäre es wohl schwierig, genügend qualifizierte Bewerber rekrutieren zu können. An der Qualität dürfen keine Abstriche gemacht werden, das würde sich früher oder später rächen. Neben dem Bestandesproblem gibt es auch ein strukturelles Problem, nämlich die etwas zu starre Koppelung von Grad und Funktion. Hier wird man den Hebel ansetzen müssen, um mehr Einheitsinstruktoren freimachen zu können.

Ein totaler Personalstopp, wie er nun seit 8 Jahren besteht und nach dem Willen der nationalrätlichen Geschäftsprüfungskommission auf unbestimmte Zeit hinaus durchgezogen werden soll, stösst nicht nur bei der Ausbildung, sondern ebenso bei Betrieb und Unterhalt von hochtechnisiertem Kriegsmaterial an Grenzen. Der Unterhaltsaufwand für ein Tiger-Flugzeug ist in Arbeitsstunden ausgedrückt etwa viermal aufwendiger als für eine noch teilweise aus Holz gefertigte Venom. Man kann nicht ständig den Deckel draufhalten und verlangen, dass dieser ausgewiesene Mehrbedarf auf ewige Zeiten durch Ratio-

nalisierung und interne Stellenverschiebungen ausgeglichen werden kann. Zwei von drei EMD-Bediensteten sind in Unterhalt und Betrieb über die ganze Schweiz verteilt tätig. Nur gerade jeder Elfte gehört in die Kategorie «Verwaltung», worunter auch der Generalstabschef und seine Mitarbeiter, der Nachrichtendienst, das Rechenzentrum und anderes mehr, was sicher nichts mit angeblich überflüssiger Bürokratie zu tun hat. Wer Einblick in vergleichbare ausländische Verhältnisse hat, ist jedesmal wieder ob der Feststellung überrascht, mit welcher Bescheidenheit, um nicht zu sagen rustikalem Apparat unsere Armee geführt, unterhalten und verwaltet wird.

Jedesmal wenn Rüstungsgüter im Ausland beschafft werden, ertönt der Ruf, diese im Inland herzustellen, vorab zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen. Andererseits hat die rigorose Kriegsmaterialgesetzgebung und haben die einschneidenden Bestimmungen über die Kriegsmaterialexporte dazu geführt, dass nur wenige Betriebe in der Schweiz mit Schwergewicht auf dem Rüstungssektor tätig sind, bzw ihre Produktion eingestellt oder ins Ausland verlegt haben. Stellt sich heute bei modernen Waffen überhaupt noch ernsthaft die Frage «Eigenproduktion oder Kauf ab Stange» oder geht es im besten Fall noch um die Herstellung in Lizenz? Kann im heutigen politischen Klima eine Lockerung der Kriegsmaterialgesetzgebung ernsthaft diskutiert werden.

Das heutige Kriegsmaterialgesetz wurde 1972 aufgrund politischer Versprechen im Zusammenhang mit der nur ganz knapp abgelehnten Volksinitiative für ein totales Waffenausfuhrverbot geschaffen. Zwar wurden in den eidgenössischen Räten vor zwei Jahren Postulate angenommen, die auf eine Lockerung der Waffenexportbestimmungen abzielen. Ich glaube aber persönlich nicht, dass der Stimmbürger im Sinne einer Lockerung entscheiden würde. Die im internationalen Vergleich ausserordentlich restriktiven Vorschriften haben ihren Preis: Es trifft zweifellos zu, dass immer weniger schweizerische Unternehmen auf immer eingeschränkteren Gebieten Kriegsmaterial produzieren. Diese Entwicklung steht im Gegensatz beispielsweise zu Israel, wo bittere Erfahrungen in Notlagen dazu geführt haben, dass ein hinsichtlich Wirtschaftspotential eher schwächerer Kleinstaat eine überaus eindrucksvolle und leistungsfähige Rüstungsindustrie aufgebaut hat. Daran sollte man auch gelegentlich denken. Allerdings halte ich es weder für realistisch noch erwünscht, wenn die Schweiz diesem Beispiel nacheifern wollte. Die Konsequenz für uns heisst vielmehr, dass wir die Ausrüstung unserer Armee rechtzeitig und kontinuierlich beschaffen müssen,

wobei Lizenzen bei Auslandbeschaffungen naheliegen. Wir dürfen nicht erwarten, dass wir in Spannungszeiten oder gar während kriegerischer Verwicklungen noch viel an unserem Rüstungsstand verbessern können.

Der Kampf und die Verteilung der Bundesfinanzen wird immer härter. Sie haben einmal festgestellt, dass der Sparzwang die Landesverteidigung vor eigentliche Schicksalsfragen stellt, insbesondere weil sich ein beträchtlicher Nachholbedarf aufgestaut hat und gefährliche Lücken in der Bewaffnung und Ausrüstung bestehen. Wie steht es um die Zukunft der «Zwangsehe Rüstung und Finanzen»?

In allen demokratischen und pluralistischen Staaten ist die Auseinandersetzung um die Verteilung der Finanzen auf die verschiedenen staatlichen Aufgabengebiete ein wichtiges Stück Politik, also Auseinandersetzung im freien Spiel der Kräfte. Ganz im Gegensatz dazu das Sowjetimperium, wo in völlig unsinnigen Proportionen aufgerüstet wird, auf dem Buckel einer maroden Wirtschaft, die nicht einmal im Stande ist, die Ernährung des eigenen Landes sicherzustellen und bekanntlich auch kaum etwas für die Entwicklungshilfe tut. Ich wäre der letzte, der sich ein Militärbudget östlichen Zuschnitts wünschen möchte! Auch dann nicht, wenn man objektiverweise einräumen muss, dass während der fetten Hochkonjunkturjahre bei uns zuwenig für die Landesverteidigung getan worden ist, und dass sich ein entsprechender Nachholbedarf aufgestaut hat und Rüstungslücken geschlossen werden müssen. Gerade die laufende Legislatur hat aber bewiesen, dass Bundesrat und Parlament durchaus für dringende und gutbegründete Rüstungsvorlagen Verständnis zeigen. Die Finanzen werden immer knapp sein und nie für alles Wünschbare ausreichen. Der Herausforderung, aus den raren Militärfranken das Maximum an Effizienz herauszuholen, soll man sich stellen, sie ist heilsam. Es gibt gewichtige Belege dafür, dass die Landesverteidigung nach schweizerischem Zuschnitt, wesentlich wegen des Milizgedankens, weltweit zu den kostengünstigsten Wehrmodellen gehört.

Zum Rüstungsreferendum: Die Militärausgaben haben seit 1960 beträchtlich unter dem Durchschnitt der übrigen Bundesausgaben zugenommen. Der Ausbau des Sozialstaates ist durch die Aufwendungen für unsere Armee nie gefährdet worden. Der Anteil an den Gesamtausgaben für die soziale Wohlfahrt ist von 12,5 auf 20,6% (1980) geklettert. Trotzdem begründet man auf der Linken das Rüstungsreferendum mit einer «Demontage des Sozialstaates», zudem verlangt man kein allge-

meines Finanzreferendum. Hat nach Ihrer Ansicht das Rüstungsreferendum eine armeegeegnerische Stossrichtung? Wie beurteilen Sie die Auswirkungen des zur Diskussion stehenden Referendums?

Die Geburtswehen um dieses Initiativbegehren – ich erinnere an die Flügelkämpfe innerhalb einer Regierungspartei, die Vorläuferaktion durch eine Linksaussengruppierung, die Begleitmusik militanter Armeegegner – zeigen deutlich, dass mit den Phrasen über den Ausbau der demokratischen Rechte oder die angebliche Demontage des Sozialstaates Etikettenschwindel betrieben wird. Selbstverständlich hat dieses Begehren eine armeefeindliche Stossrichtung, was denn sonst? In keinem anderen Land der Erde werden Rüstungsbeschaffungen wie bei uns schon heute nach dem parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren in einer unwahrscheinlichen Offenlegung der hintersten Details behandelt – übrigens ganz im Gegensatz zu anderen öffentlichen Investitionen etwa auf dem Gebiet von Eisenbahnmateriale oder Nationalstrassen. Und da soll die zusätzliche Schikane eines Rüstungsreferendums mit unausweichlichem Zeitverzug, Ungewissheit und offenkundiger Überforderung des Stimmbürgers nicht gegen die Landesverteidigung gerichtet sein?

Am 1. Januar 1982 ist die neue Verordnung über den waffenlosen Dienst in Kraft getreten. Unbewaffnete werden in der Regel bei den Sanitäts- und Luftschutztruppen eingeteilt. Sie können aber auch neu in ihrer Truppengattung belassen werden, «sofern ihre Funktion den Waffeneinsatz nicht erfordert». Was würden Sie dem Kdt einer Kampfeinheit antworten, der nicht zwei Kategorien Soldaten in seiner Einheit will und vor allem keine Wehrmänner im KP um sich haben will, die aus Gewissensgründen ihren Militärdienst ohne Waffen leisten, wie zB Fouriergehilfen oder Büroordonnanzen?

Die neue Verordnung ändert nichts an den Voraussetzungen des waffenlosen Dienstes. Der Gesuchsteller muss weiterhin nachweisen, dass er aus religiösen oder ethischen Gründen durch den Gebrauch einer Waffe in schwere Gewissensnot käme. Durch dieses Kriterium sollen Drückeberger oder «Systemveränderer» abgehalten werden. Die Erfahrung zeigt, dass die echten Waffenverweigerer hinsichtlich Dienstauffassung und Einsatz nicht hinter ihren Kameraden zurückstehen wollen. Im übrigen werden Unbewaffnete kaum in Kampfeinheiten eingeteilt werden. Der besorgte Kommandant einer Kampfeinheit braucht nichts zu befürchten, es gibt genügend Verwendungsmöglichkeiten «hinter der Front».